

Übern Vortrag von Sahra Wagenknecht

Am 10. Oktober in der steirischen Arbeiterkammer

In der Reihe: **Stiftingtaler Gespräche**

Titel: **Europa den Reichen? Die Eurokrise und der Abschied von der sozialen Gerechtigkeit**

Prinzipiell:

Freilich ist es eine Wohltat, eine (einigermaßen) linke Analyse geboten zu bekommen. (Und nicht nur das Geschwätz von nötigem Wachstum und bedauerlichen Sachzwängen von österreichischen ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen in Politik und Wirtschaft.)

Allgemeine Zusammenfassung:

Freilich war es ähnlich einem Herrn Marterbauer, von mir aus auch Herrn Schulmeister u.ä., also fast keynesianistische Ansätze und also gegen neoliberale Zumutungen: gegen Privatisieren, gegen Steuerbegünstigungen für Reiche und Konzerne, gegen (kaputt-)Sparen: (Falsches) Sparen schadet in einer Volkswirtschaft. Das gesellschaftlich verfügbare Geld muss wieder vom Finanzkapitalismus hin zur Realwirtschaft und Sozialstaat: für mehr Aufträge und mehr Kaufkraft, ... KEINE explizite Kapitalismuskritik.

Fazit:

So wie Sara Wagenknecht sagt, es sei logisch das Geld dort zu nehmen, wo es jetzt zu viel ist (nämlich bei den Reichen und Konzernen), so meinte ich, dass es auch logisch sei, dass man alle Menschen an der Macht beteiligt: Durch bessere Machtverteilung in den eigenen Organisationen und Betrieben! Was dann letzten Endes dazu führt, die Macht schließlich von denen zu nehmen, wo diese zu viel ist (nämlich von den Reichen und Konzernen). Weil die (übergroße) Geldansammlung (bei einigen Wenigen) vernünftiges Wirtschaften und Leben verhindert und weil die (übergroße) Machtansammlung (bei einigen Wenigen) die Änderung dieses negativen Zustands verhindert.

=====

Mehr aus ihrem Vortrag:

Die bösartige neoliberale Strategie der letzten 30 Jahre:

Auf der einen Seite verbietet man den Staaten Schulden zu machen, auf der anderen Seite schwinden mangels staatenübergreifend-einheitlicher Besteuerung die Steuereinnahmen, insbesondere von großen Unternehmen und Konzernen. Das Verbot einer (Mehr-)Verschuldung gepaart mit geringeren Steuereinnahmen von Unternehmen führt *praktischerweise* direkt dazu, bei anderen Staatsausgaben wie Gesundheitsbildung, Bildung, Soziales, sparen „zu müssen“. **Das (neoliberale) Ziel, den Reichtum der Reichen zu vermehren, ist erreicht. Die Umverteilung von unten nach oben gelingt, ist moralisch geboten und unausweichlich. Sachzwang ☹**

In diesem Zusammenhang erwähnte sie auch das mMn. interessante Detail, das in grob 20 Jahren Sozialstaat, also ungefähr in den Sechzigern und Siebzigern des vorigen Jahrhunderts, die Staatsverschuldung nur moderat stieg. Erst danach, unter neoliberaler Agenda, gleichzeitig zum Sozialstaatsabbau, stiegen die Schulden in den Himmel! Demnach sind offensichtlich eher Finanz-(Casino-)Kapitalismus und Privatisierungen die Staatsschuldenverursacher! Ein *effizientes* Instrument für die Umsetzung war die Bankenrettung (5.000 Milliarden EUR sind EU-weit kurzfristig(!) bereitgestellt worden). Gepaart mit der Erkenntnis, dass den

Schuldern (Private und Staaten) auf der eigenen Seite auch die Guthaben(nden) auf der anderen Seite gegenüber stehen müssen(!), ergibt die Analyse das Ergebnis:
Es wurde in den letzten drei, vier Jahrzehnten zuviel von unten nach oben umverteilt – und: die (Super-)Reichen haben tatsächlich das Geld (welches wo anders, Realwirtschaft und Sozialstaat, fehlt).

Nichts sei demgemäß logischer, als es von dort auch wieder zu nehmen!
Um die Realwirtschaft wieder in Schwung zu bringen: mehr Aufträge, mehr Arbeitsplätze, höhere Löhne, mehr Steuereinnahmen. Mehr Lohn Einkommen und - durch die höheren Staatseinnahmen möglichen - höheren Staatsausgaben (bis hin zu höheren Sozialleistungen) bringen wiederum Steigerung von Kaufkraft, von Konsumnachfrage. Und unserer Realwirtschaft geht's noch besser (Spirale nach oben).

Der Weg dazu:

- Mehr Staat, weniger privat! (Beispiel: Moderner Irrsinn, Krankenhäuser profitorientiert zu betreiben;)
- Verbot von Glücksspiel-Kapitalismus (Verbot von Derivaten & Co.)
- Verhindern von Steuerhinterziehung (Oasen) und -vermeidung durch Standortwettbewerb durch nicht vereinheitlichte Unternehmenssteuern (*die Politik könnte, wenn sie wollte*)
- u.ä.

Zum Abschluss wenig Zeit für Wortmeldungen aus dem Publikum (sicher 100 Leute, geschätzt, der Kammersaal ziemlich bis zum letzte Platz gefüllt ...).
U.a. die fast schon übliche Frage: Ist ja alles Vorgetragene richtig!, ABER: ist ja eine Machtfrage, und keine von Tatsachen oder Argumenten: also WIE DURCHSETZEN?

Wagenknechts Antwort: die Linke(n) brauchen plausible, eingängige Erklärungen.

Ich habe mich dann im Namen der AMSEL zu Wort gemeldet: wenn's stimmt, dass die (Geld-)Mächtigen die Gesetze machen (bzw. verhindern (-> Lobbying)), dann ist's logisches Heilmittel: alle an der Macht beteiligen (Mitbestimmung). Jede(!) einzelne Organisation (und Betrieben), also auch linke Parteien, arbeitnehmerInnenseitigen Sozialpartner und Co. sind gefordert, alle einzubinden!! (nicht nur: die Großen, und die anderen ... und wir haben keine Macht ...)

Ich wollte auch hören, was Frau Wagenknecht dazu zu sagen hat. Ich vergaß aber die Frage zu formulieren und meine Wortmeldung wurde deshalb leider als „Eigenwerbung“ der AMSEL (ab-)qualifiziert. (Moderator von der AK-Stmk./Stiftingtaler Gesprächen) Sollte aber andeuten, dass *wir da unten* auch bei eben diesen Organisation (und Betrieben) bekanntermaßen keineswegs an der Macht beteiligt werden. (geschweige denn, bei den anderen ...)

wodt, Oktober / November 2014